

14.06.2013 02:18 Uhr

Verbände und Kulturrat fordern vom Kultursministerium realistische Konzeptionen

Nach Sparplänen für Theater hagelt es Kritik

Von Grit Warnat

Magdeburg | Der deutsche Bühnenverein hat die geplanten Kürzungen der Theaterzuschüsse in Sachsen-Anhalt als überstürzt und inakzeptabel bezeichnet. "Man kann nicht jahrelang tatenlos bleiben und dann Theaterpolitik mit der Brechstange betreiben", sagte der Präsident des Deutschen Bühnenvereins, Klaus Zehelein.

Kultusminister Stephan Dorgerloh hatte am Mittwoch angekündigt, den Landeszuschuss für Theater und Orchester von derzeit 36 auf 29 Millionen Euro bereits im kommenden Jahr zu senken. Besonders hart würde es die Theater in Dessau und Halle treffen. Dessau soll 2,9 Millionen Euro weniger erhalten, Halle 2,8 Millionen Euro. Aus der Finanzierung der Landesbühne Eisleben würde sich das Land komplett herausziehen. Eisleben bekommt derzeit fast 1,3 Millionen Euro als jährlichen Zuschuss.

"Die Kürzungen in Dessau bedrohen die Existenz des Theaters."

Ulrich Katzer, Bühnenverband

Ulrich Katzer vom Landesverband Ost des Bühnenvereins nannte mit Blick auf Haustarifverträge an zahlreichen Theatern die geplante Zeitschiene völlig unrealistisch. Der geplanten Strukturanpassungsfonds für Abfindungsforderungen sei ein Witz. Eine Million Euro seien laut Kultusministerium dafür geplant. Man bräuchte aber Gelder im mittleren zweistelligen Millionenbereich, schätzt Katzer. "Die Kürzungen in Dessau bedrohen die Existenz des Theaters im Ganzen. Es geht hier doch nicht um Spartenschließungen", so Katzer. Hinzu kommt Eisleben mit 53 Mitarbeitern. Katzer: "Es fehlen realistische Konzeptionen." Das bisher Vorgelegte nennt er "sehr unglücklich formuliert".

Kritik gab es auch von der Deutschen Orchestervereinigung. Geschäftsführer Gerald Mertens sprach von einer widersprüchlichen und desaströsen Kultur- und Finanzpolitik. Vor allem die Theater und Orchester in Halle und Dessau würden teilamputiert werden. "Auch die Orchester in Halberstadt und Wernigerode werden in eine Zwangsfusion mit Verkleinerung getrieben", so Mertens.

Zynisch nennt Mertens, dass das Kultusministerium auf ein Ende der Haustarifverträge setzt. Wenn Kommunen zukünftig die allgemeine Flächenvergütung zahlen sollen, würden die Rechtsträger zu einem noch stärkeren Personalabbau gezwungen.

"Das Kind ist noch nicht in den Brunnen gefallen."

Olaf Zimmermann, Deutscher Kulturrat

Der Kulturkonvent hatte Haustarifverträge als unsozial bezeichnet und auch deshalb eine Anhebung der Theater- und Orchesterförderung von 3,25 Millionen Euro empfohlen. "Veränderungen wird es geben. Daran führt kein Weg vorbei. Aber andere Strukturen gehen nicht von heute auf morgen. Wir haben immer von einer Zeit bis 2025 gesprochen", sagte Olaf Zimmermann. Er ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und moderierte in Sachsen-Anhalt den Kulturkonvent. Die jetzt vorgeschlagene Kürzung bereits im kommenden Jahr nannte er eine Hau-Ruck-Aktion und juristisch schwer umsetzbar. "Aber das Kind ist noch nicht in den Brunnen gefallen", sagte Zimmermann. Proteste seien auch für die Kultur wichtig. "Wenn dieser Konvent einen Sinn gehabt haben soll, dann den, dass der Kulturbereich enger zusammensteht, dass man sich solidarisch zeigt."

Der Hochschulbereich habe gezeigt, was man erreichen könne, wenn man gemeinsam an einem Strang ziehe, so Zimmermann.